

ZUKUNFTSVERTRAG FÜR NORDRHEIN-WESTFALEN

Koalitionsvereinbarung von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN 2022–2027

Kommentierung des Deutschen Roten Kreuzes
Landesverband Nordrhein e.V.
Landesverband Westfalen-Lippe e.V.

Vorwort

Der erste schwarz-grüne Koalitionsvertrag in Nordrhein-Westfalen wurde am 27. Juni 2022 in Düsseldorf unterzeichnet. Unter der Überschrift „Zukunftsvertrag für Nordrhein-Westfalen“ einigten sich die Spitzen von CDU und Bündnis 90/Die Grünen auf eine 146seitige gemeinsame Vereinbarung, die die Eckpfeiler der parlamentarischen Zusammenarbeit für die kommenden fünf Jahre festlegt.

Das DRK setzt sich für ein starkes, soziales und gerechtes Nordrhein-Westfalen ein. Ob im Katastrophenschutz oder im Rettungsdienst, in der Blutspende, in unseren Pflegeeinrichtungen und Beratungsstellen oder mit unserer Kinder- und Jugendarbeit – stets nimmt das DRK in Nordrhein-Westfalen kompetent und zuverlässig gesellschaftlich wichtige und notwendige Aufgaben wahr. Bereits im Vorfeld der Landtagswahl am 15. Mai 2022 hatten wir auf Grundlage dieser Erfahrungen gemeinsam Positionen für einen modernen Bevölkerungsschutz, eine gesicherte und sichere Blutversorgung, eine soziale und inklusive sowie kinder- und jugendgerechte Gesellschaft formuliert.

Die Landesregierung hat sich nun im „Zukunftsvertrag für Nordrhein-Westfalen“ eine Reihe von wichtigen Zielen für die kommenden fünf Jahre gesetzt. Das DRK in Nordrhein-Westfalen hat mit Blick auf diese Maßnahmen und deren Umsetzungen eine Kommentierung des Koalitionsvertrages vorgenommen. Wir bewerten viele der ehrgeizigen und umfangreichen Planungen positiv. Da, wo wir andere oder weitergehende Vorstellungen haben, merken und regen wir dies an. Als Nationale Hilfsgesellschaft, Spitzenverband der Freien Wohlfahrtspflege und Jugendverband stehen wir der neuen Landesregierung zur Seite, wenn es um die Umsetzung dieser Ziele geht.

Hartmut Krabs-Höhler

Dr. Hasan Sürgit

Vorsitzender des Vorstands
Deutsches Rotes Kreuz
Landesverband Nordrhein e.V.

Vorsitzender des Vorstands
Deutsches Rotes Kreuz
Landesverband Westfalen-Lippe e.V.

o. Für die Zukunft Nordrhein-Westfalens

<u>Positionen des DRK in NRW zur Landtagswahl 2022</u>	<u>Zukunftsvertrag für NRW 2022 bis 2027 - Stichpunkte</u>	<u>Zukunftsvertrag für NRW 2022 bis 2027 - Fließtext</u>	<u>Bewertung DRK in NRW / Anknüpfungspunkte zu Aufgabenfeldern</u>
		Für die Zukunft Nordrhein-Westfalens	
		Wir verstehen Nachhaltigkeit in einem umfassenden Sinn und stehen gleichermaßen für mehr Klimaschutz, eine zukunftsfähige Infrastruktur, Investitionen in Bildung und solide Finanzen. Durch unsere Politik wollen wir künftigen Generationen ihre Freiheitsräume sichern. Zeilen 11-14	Bezug zum Handlungsfeld: Diese Themen sollten weiter in der Arbeit in KiTas gestärkt werden. Dazu müssen auch entsprechende Investitionen in die Weiterbildung des Personals und die Infrastruktur gefördert werden.
		Der Kampf gegen den menschengemachten Klimawandel ist eine Jahrhundertaufgabe. Zeilen 17-18	Klimaschutz dient der Abwendung von Gefahr und Not und entspricht damit dem Grundsatz der Menschlichkeit bzw. wird darüber zur Verpflichtung für das DRK, vgl. aktuelle Beschlüsse der Bewegung
		Wir vereinen den Erhalt unserer natürlichen Lebensgrundlagen, gute Arbeitsplätze und soziale Sicherheit und Gerechtigkeit. Zeilen 23-24	Wir begrüßen das!
		Gerade jetzt machen die zunehmende Inflation und der Anstieg von Mieten,	Aufstieg der Kosten – muss gut in Blick genommen werden – auch die Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe

		<p>Lebensmittelpreisen und Energiekosten das Leben immer teurer. Eine beheizte Wohnung darf in unserem Land kein Luxus sein.</p> <p>Zeile 28-30</p>	<p>sind damit sehr betroffen – dieser Vorschlag ist zu begrüßen! Kinderarmut und Armut in ihren Familien muss weiter bekämpft werden. Hierzu können Familienzentren (in den / als KiTas) einen wichtigen Beitrag leisten!</p>
		<p>Zeitgemäße individuelle Mobilität, ob mit Bus, Bahn, Auto oder Rad, bedeutet soziale Teilhabe. Wir wollen eine lebenswerte, sichere und soziale Heimat in Stadt und Land. Die Bildung unserer Kinder hat für uns Vorrang</p> <p>Zeilen 32-35</p>	<p>Das Thema Mobilität und Sozialraumgestaltung sollte weiter in der Arbeit in KiTas gestärkt werden. Dazu müssen auch entsprechende Investitionen in die Weiterbildung des Personals und die Infrastruktur gefördert werden.</p> <p>Das begrüßen wir besonders!!!</p> <p>Sichere Heimat bedeutet auch Gesundheitlicher Bevölkerungsschutz und integrierte (Notfall-) Vorsorge.</p>
		<p>Wir wollen Zukunftschancen für alle Kinder, Jugendlichen und Familien.</p> <p>Zeile 38-39</p>	<p>Den Vorschlag begrüßen wir sehr!</p>
		<p>Wir wollen ein sicheres Land, in dem die Schwächsten besonders geschützt werden.</p> <p>Zeile 41-42,</p>	<p>Die Maßnahmen des Kinderschutzgesetzes NRW sollten auch für die KiTas mit finanziellen Ressourcen unterlegt werden.</p>
		<p>Wir kämpfen entschlossen und konsequent gegen jede Form von [...] Menschenverachtung und Gewalt.</p> <p>Zeilen 42-43</p>	<p>Anknüpfungspunkt für Menschlichkeit und Menschenrechte, also Verbreitungsarbeit und Respekt für Einsatzkräfte / Ehrenamt bzw. unser Schutzzeichen.</p>

		<p>Unser Land soll schneller, moderner und digitaler werden.</p> <p>Zeile 44</p>	<p>Digitalisierung – sehr wichtig!</p>
		<p>Nur so gelingt uns der Aufbau einer klimaneutralen, unabhängigen, bezahlbaren und sicheren Energieversorgung.</p> <p>Zeilen 45-47</p>	<p>Energie- und Versorgungssicherheit sind elementar für die Funktionsfähigkeit Kritischer Infrastrukturen und stärker als bisher in den Blick zu nehmen.</p>
		<p>Unser einendes Band sind gemeinsame Werte: Demokratie, Freiheit und Menschenrechte. [...] bereit sein müssen, für diese Werte einzustehen und sie zu verteidigen. Wir wollen aktiv an der europäischen Friedensordnung mitarbeiten und sie schützen. Als Land im Herzen Europas leben wir grenzüberschreitende Zusammenarbeit und internationalen Austausch. Wir stehen für ein starkes, demokratisches und solidarisches Europa, das gemeinsam mit unseren transatlantischen Partnern die Zukunftsfragen gestaltet.</p> <p>Zeilen 50-57</p>	<p>Von Menschenrechten zu Menschlichkeit, von Werten zu Völkerrecht und für Frieden in Europa – eine Chance, die besondere Rolle des DRK als Auxiliar herauszustellen und bspw. die Grundsätze der Neutralität und Unabhängigkeit auch im Bezug zu Landesrecht etc. in den Blick zu nehmen und behandeln zu können.</p> <p>Zusammenarbeit und Solidarität adressiert für uns als Teil der RKRH-Bewegung u. a. den Grundsatz der Einheit und der gegenseitigen, (innerverbandlichen) überregionalen Unterstützung.</p>
		<p>Die sozialen und ökonomischen Folgen der Pandemie abzufedern und Vorkehrungen für weitere Infektionswellen zu treffen, sehen wir als unsere gemeinsame Verantwortung.</p>	<p>Für den Bereich der KiTas müssen im Rahmen weiterer Infektionswellen die Interessen von Kindern, Familien, Beschäftigten (und deren Träger) sorgsam abgewogen werden, um das System KiTa nicht weiter zu destabilisieren. Hier ist</p>

		<p>Zeilen 61-63</p>	<p>insbesondere der Schutz der Beschäftigten von Bedeutung, um KiTas weitestgehend offen zu halten.</p> <p>Eine stärkere und strukturierte Einbindung des DRK als Akteur im Gesundheitlichen Bevölkerungsschutz sollte weiter angestrebt werden.</p>
		<p>CDU und GRÜNE werden gemeinsam einen modernen Politikstil pflegen, der die Weltoffenheit und Vielfalt Nordrhein-Westfalens verkörpert: für Alt und Jung, Frauen und Männer, für queere Personen, für Menschen mit und ohne Migrationshintergrund, für Menschen mit Behinderung, für Arbeitnehmer und Arbeitgeberinnen.</p> <p>Zeilen 65-69</p>	<p>Inklusion für alle! Der Vorschlag wird sehr begrüßt!</p>

I. Klimaneutrales Industrieland

<u>Positionen des DRK in NRW zur Landtagswahl 2022</u>	<u>Zukunftsvertrag für NRW 2022 bis 2027 - Stichpunkte</u>	<u>Zukunftsvertrag für NRW 2022 bis 2027 - Fließtext</u>	<u>Bewertung DRK in NRW / Anknüpfungspunkte zu Aufgabenfeldern</u>
		I. Klimaneutrales Industrieland Bei 1. Klimainvestitionen Einrichtungen der Wohlfahrtspflege und gemeinnützige Vereine werden bisher beim Klimaschutz zu wenig beachtet. Wir werden dies ändern, indem Klimaschutz bei der Investitionsförderung über die einschlägigen Gesetze wie das Altenpflegegesetz Nordrhein-Westfalen oder das Kinderbildungsgesetz Nordrhein-Westfalen stärker berücksichtigt und gefördert werden kann. Gleichzeitig werden soziale Einrichtungen bei Förderprogrammen noch zu häufig als Antragsberechtigte ausgeschlossen. Dies werden wir ändern und dies auch auf Bundesebene einfordern. Zeilen 185-191	Ausdrücklich zu begrüßen, dabei sollte ggf. die besondere Rolle des DRK als Auxiliar platziert werden
		Bürokratieabbau Zeilen 812-849	Wir begrüßen den angestrebten Bürokratieabbau und die Orientierung an

			der „einfachsten und unkompliziertesten Lösung in Deutschland“. Der Ansatz sollte weit über den Abschnitt I. hinaus verfolgt werden und für gemeinnützige Organisationen ggf. privilegiert erfolgen.
		<p>Bei 3. Vergabe</p> <p>Wir wollen die öffentliche Auftragsvergabe weiter verbessern und vereinfachen. Zu oft ist bei der öffentlichen Vergabe der Preis das einzige Zuschlagskriterium. Dadurch sind meist KMU und innovative und klimafreundliche Produkte benachteiligt.</p> <p>Zeilen 1233-1235</p>	Anknüpfungspunkt bei Bereichsausnahme für den Bevölkerungsschutz / Rettungsdienst ebenso wie im Kontext Freie Wohlfahrt und bevorzugte / vereinfachte Beauftragung?
		...	
		<p>Bei 4. Ländliche Räume</p> <p>Der ländliche Raum ist Heimat und ökonomischer, ökologischer wie sozialer Grundpfeiler unseres Landes. [...] Um die Entwicklungschancen des ländlichen Raumes zu sichern, braucht es dringend einen Ausbau der digitalen Anbindung, inklusive flächendeckendes 5G, eine gute Verkehrsinfrastruktur sowie eine gesicherte Grundversorgung. Wir setzen uns für lebendige Dörfer und Kommunen ein, für</p>	Gute (Verkehrs-) Infrastruktur, gesicherte Grundversorgung und gesellschaftlicher Zusammenhalt sind Anknüpfungspunkte für das DRK im Kontext Teilhabe für vulnerable Gruppen, Quartiersarbeit im ländlichen Raum, Sicherstellung einer medizinischen Grundversorgung (vgl. Gemeindefürsorgende / Community Health Nurses, u. a. Rotes Kreuz-Schwesternschaften) etc.

		gesellschaftlichen Zusammenhalt und modernes Arbeiten im ländlichen Raum. Zeilen 1415-1423	
		...	
		Bei 5. u. a. bei Wasser, Klimaanpassung, ...	Anknüpfungspunkte bei Versorgungssicherheit, Hochwasserschutz und Extremwetterereignissen – im Detail noch zu betrachten
		...	
Jugend (2318- 2370)			
- Einsetzung und Wahrnehmung als Experte für die Lebenswelten von Kindern und Jugendlichen für ihre Belange	- Aktionsplan Jugendbeteiligung soll entstehen - Stärkung der Kinder- und Jugendbeteiligung sowie der Jugendringstrukturen Grundlage: Servicestelle für Kinder- und Jugendbeteiligung in NRW	In einem partizipativen Prozess werden wir einen „Aktionsplan Jugendbeteiligung“ erarbeiten und umsetzen. Die Stärkung der Kinder- und Jugendbeteiligung und der Jugendringe vor Ort werden unter stärkerer Berücksichtigung der „Servicestelle für Kinder- und Jugendbeteiligung in NRW“ Bausteine dieses Aktionsplans sein. Zeile 2327-2330	Entwicklung beobachten: Die Entwicklung ist positiv zu bewerten, kann jedoch auch eine Schwächung der Kinder- und Jugendverbandlichen Strukturen bedeuten, wenn diese nicht gut in die Erarbeitung des Aktionsplanes eingebunden sind. Hier sollten wir alle Akteure inkl. des Landesjugendrings gut vernetzen. Die Servicestelle forciert genau wie viele Kommunen von Akteur*innen losgelöste Beteiligungskonzepte wie Jugendparlamente, diese Entwicklung wird insbesondere vom Jugendring kritisch betrachtet. Förderhinweis: KVs über mögliche Förderung von Teilhabeprojekten vor Ort informieren, sobald die Richtlinien veröffentlicht sind
- Inblicknahme von Kindern und Jugendlichen und Schaffung von Gestaltungsmöglichkeiten,	- Änderungen der Gemeindeordnung zur Teilhabe von Jugendlichen an relevanten Prozessen	Wir wollen die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen an Angelegenheiten, die sie betreffen, verbindlich festschreiben. In der	Entwicklung positiv: Die Entwicklung und die Aussicht auf mehr Beteiligung ist sehr erfreulich. Die Anpassung der Gemeindeordnungen muss

<p>die kinder- und jugendgerecht sind</p>	<ul style="list-style-type: none"> - Absenkung Wahlalter und Mindestalter für Teilnahme an Ausschüssen der Kommunen (Sachkundige Bürger*innen) Einführung Jugendcheck 	<p>Gemeindeordnung werden wir bestehende Hürden zur Beteiligung abbauen und prüfen dazu eine gesetzliche Regelung.</p> <p>Das Mindestalter für Sachkundige Bürger und Bürgerinnen senken wir ebenfalls auf 16 Jahre ab.</p> <p>Wir wollen die Folgen von politischen Beschlüssen und Gesetzgebungsverfahren auf junge Menschen und die Generationengerechtigkeit stärker in den Blick nehmen. Dafür werden wir prüfen, wie wir einen Jugend-Check, der Folgen von Gesetzen auf Kinder und Jugendliche im Gesetzgebungsverfahren unbürokratisch beurteilt, einführen.</p> <p>Zeile 2332-2340</p>	<p>sicherlich kritisch begleitet werden, um die Formen der Beteiligung gut zu wählen s.o.</p> <p>Eine höhere Beteiligung durch die Absenkung des Wahlalters ist gut und richtig.</p> <p>Der Jugendcheck ist bereits auf Bundesebene erprobtes Mittel und sehr zu begrüßen.</p> <p>Entwicklung negativ: Kinder sind an dieser Stelle nicht berücksichtigt. Es wird explizit von Jugendbeteiligung gesprochen. Hier muss die genaue Ausgestaltung vor Ort kritisch begleitet werden. Wichtig ist es hier die Jugendringe und die Verbände (KVs) vor Ort zu vernetzen und einzubinden.</p>
<ul style="list-style-type: none"> - Erwirkung einer Verstetigung und dynamischen Anpassung der Fördermittel der Kinder- und Jugendverbandsarbeit 	<ul style="list-style-type: none"> - Dynamisierung der Mittel aus dem Kinder- und Jugendförderplans - Stärkung der Förderprogramme in Aussicht - Prüfung einer Weiterführung der Programme 	<p>Der Kinder- und Jugendförderplan ist das zentrale Instrument des Landes zur Förderung der Jugendarbeit. Um die Kinder- und Jugendarbeit in all ihren Facetten zu2343 stärken, werden wir die Dynamisierung der Mittel fortschreiben und ihn gezielt stärken und weiterentwickeln.</p> <p>Jugendliche und Kinder sowie die Familien, in denen sie leben, sind</p>	<p>Entwicklung beobachten:</p> <p>Die Aussicht auf eine Verstetigung und Dynamisierung der KJFP-Mittel ist sehr positiv zu bewerten. Hier gilt es jedoch die genaue Ausgestaltung der Programme sowie der Grundförderung abzuwarten.</p> <p>Die Gefahr besteht, dass Förderungen weiterhin eher Projektorientiert ausgeschüttet werden könnten.</p> <p>Fraglich ist auch die Finanzierung einer dauerhaft erhöhten Bezuschussung, daher gilt es hier die Richtlinien und den Beschluss des Haushaltes zu 2024</p>

		<p>vielfältig, deshalb werden wir auch Diversitätssensibilität stärken.</p> <p>Wir werden prüfen, inwieweit eine Bewältigung von Folgen der Corona-Pandemie für Kinder und Jugendliche als ein Förderschwerpunkt in den Kinder- und Jugendförderplan integriert werden kann.</p> <p>Zeile 2342-2349</p>	<p>abzuwarten.</p> <p>Förderhinweis: KVs über mögliche Förderung von Projekten und Aktionen vor Ort informieren, sobald die Richtlinien und der Haushalt veröffentlicht sind</p>
- Stärkung der Krisenresilienz junger Menschen	<ul style="list-style-type: none"> - Sonderförderung für Kinder und Jugendliche mit Behinderungen in Aussicht - Sonderförderung für Projekte zur mentalen Gesundheit in Aussicht <p>Ferienfreizeiten und Jugendaustausch als zu fördernde Maßnahmen in Aussicht</p>	<p>Damit auch Kinder und Jugendliche mit Behinderungen die Angebote besser wahrnehmen können, entwickeln wir den Kinder- und Jugendförderplan inklusiv weiter.</p> <p>Auch die mentale Gesundheit gehört zu einem guten und gesunden Aufwachsen. Deswegen werden wir diese Aspekte stärker im Kinder- und Jugendförderplan berücksichtigen.</p> <p>Wir werden Ferienfreizeiten und den internationalen Jugendaustausch stärken, damit Kinder und Jugendliche unabhängig vom Elternhaus diese Angebote nutzen können.</p> <p>Zeile 2349-2357</p>	<p>Entwicklung positiv:</p> <p>Die Förderschwerpunkte sind für das JRK/DRK sehr positiv gewählt und könnten viele unserer Angebote stärken und den Verbandseigenen Haushalt entlasten.</p> <p>Auch hier werden diese gesetzten Schwerpunkte aller Voraussicht nach mit Projektförderungen abgewickelt werden. Daher gilt es hier ebenfalls die Richtlinien und den Beschluss des Haushaltes abzuwarten.</p> <p>Förderhinweis: KVs über mögliche Förderung von Projekten und Aktionen vor Ort informieren, sobald die Richtlinien und der Haushalt veröffentlicht sind</p>
Kinderschutz (2382-2461)			

<ul style="list-style-type: none"> - Bieten von Anlaufstellen, Angeboten und verlässlichen Strukturen für junge Menschen in Krisen, sowohl für die physische als auch psychische Gesundheit 	<ul style="list-style-type: none"> - Starke Position und Verantwortung der Jugendämter für diesen Prozess und die Umsetzung des Landeskinderschutzgesetzes - Neuer, ganzheitlicher Ansatz soll entwickelt werden - Integration des Handlungs- und Maßnahmenkonzept zur Prävention von sexualisierter Gewalt gegen Kinder und Jugendliche in den Kinder- und Jugendförderplan - Verknüpfung zu Kinderrechten Einrichtung einer Stelle eines unabhängigen Beauftragten 	<p>Wir wollen den Kinderschutz umfassend stärken und verfolgen dabei einen ganzheitlichen Ansatz von der Prävention über die Beratung und Unterstützung bis hin zur Intervention und Anschlusshilfe.</p> <p>Die Umsetzung des ersten Landeskinderschutzgesetzes werden wir eng begleiten, um den Kinderschutz in Nordrhein-Westfalen stetig weiterzuentwickeln. [...] Wir werden das Handlungs- und Maßnahmenkonzept zur Prävention von sexualisierter Gewalt gegen Kinder und Jugendliche fortschreiben und Teile davon in den Kinder- und Jugendförderplan integrieren.</p> <p>Da Kinderrechte und gelingender Kinderschutz für uns zusammengehören, schaffen wir die Stelle einer oder eines unabhängigen Beauftragten für die Belange von Kinderschutz und Kinderrechten.</p> <p>Zeile 2406-2417</p>	<p>Entwicklung positiv:</p> <p>Die angekündigten Maßnahmen sind positiv zu bewerten. Abzuwarten bleibt, wie schnell die Maßnahmen umgesetzt werden können und ob die Jugendämter vor Ort die notwendigen Ressourcen bereitstellen können.</p> <p>Auch mit Blick auf eine stetige Weiterentwicklung unserer eigenen Maßnahmen zur Prävention vor (sexualisierter) Gewalt sollten wir diese Entwicklungen verfolgen und unsere Maßnahmen entsprechend den neuen Anforderungen anpassen – hier auch die anderen Gemeinschaften im Blick haben. Stichwort: Minderjährige im Einsatz/Dienst</p> <p>Förderhinweis: KVs über mögliche Förderung von Maßnahmen informieren und eigene Weiterentwicklung als LV im Blick behalten</p>
<p>Kinder- und Jugendarmut bekämpfen (2463-2503)</p>			

	<p>- Bekämpfung von Kinder- und Jugendarmut als zentrales und ressortübergreifendes Projekt identifiziert Aktionsprogramm gegen Armut als Absicht</p>	<p>Die Bekämpfung von Kinder- und Jugendarmut ist eine gesamtgesellschaftliche und gesamtstaatliche Aufgabe, die von Bund, Land und Kommunen getragen werden muss. Kinder- und Jugendarmut darf nicht die Chancen junger Menschen verbauen.</p> <p>Um dieser Herausforderung nachhaltig begegnen zu können, werden wir in einem breiten Bündnis von Verbänden, Gewerkschaften, Kommunen sowie Kindern und Jugendlichen einen „Pakt gegen Kinderarmut“ als ressortübergreifendes Aktionsprogramm schmieden.</p> <p>Zeile 2465-2471</p>	<p>Entwicklung positiv:</p> <p>Das Vorhaben der Regierung und die im weiteren beschriebenen Maßnahmen (siehe Kommentierung der Wohlfahrts- und Sozialarbeit) sind auch aus Sicht von Kindern und Jugendlichen positiv zu bewerten.</p> <p>Hier ist es wichtig im Aktionsplan auch Kinder und Jugendliche selbst zu Wort kommen zu lassen, damit die Hilfe zielgerichtet erfolgen kann.</p>
3. Schule und Bildung			
	<p>Fokus auf Kinder und Jugendliche und ihre individuellen Lebensentwürfe, Fähigkeiten und Biographien</p>	<p>Das Wohl unserer Kinder und Jugendlichen ist Leitfaden unserer Bildungspolitik. Nach den Herausforderungen der Corona-Pandemie brauchen Schülerinnen und Schüler, Lehrkräfte und Eltern Ruhe und Unterstützung und unsere Schulen zusätzlich Entlastung. Wir wollen jedes Talent finden und alle Kinder und Jugendlichen nach ihren jeweiligen individuellen Stärken und Potenzialen fördern. Alle Kinder</p>	<p>Entwicklung positiv:</p> <p>Stärkung der Kinder und Jugendlichen und ein konsequentes Aufholen nach Corona sind hier maßgeblich!</p>

		<p>sind an allen Schulen willkommen und werden zu ihrem bestmöglichen Abschluss begleitet.</p> <p>Zeile 2609-2614</p>	
<p>Schulen krisenfest machen (2886-2924)</p>			
<ul style="list-style-type: none"> - Einbringung der Expertise in die Entwicklung eines kinder- und jugendgerechten Bevölkerungsschutzes und Stärkung der Krisenresilienz junger Menschen - Bieten von Anlaufstellen, Angeboten und verlässlichen Strukturen für junge Menschen in Krisen, sowohl für die physische als auch psychische Gesundheit 	<ul style="list-style-type: none"> - Fokus auf Krisenkommunikation und Corona-Pandemie (Stichwort: Schulschließungen) - psychisch-sozialen Unterstützung in Kooperation mit externen Trägern geplant - Angebote für Mentoring sollen auf eine Verankerung im Kinder- und Jugendförderplan hin geprüft werden - Themensetzung: Kinder- und Jugendgesundheit und ihre mentale Gesundheit - Stärkung der Krisenfähigkeit von Schulen <p>Ausbau von Erste-Hilfe- und Reanimierungstrainings</p>	<p>Wir sehen die Notwendigkeit einer besseren psychisch-sozialen Unterstützung für Schülerinnen und Schüler sowie für Lehrkräfte und suchen gemeinsam mit den Kommunen und Trägern nach Lösungen.</p> <p>Zur Unterstützung zivilgesellschaftlicher Akteure wollen wir prüfen, wie Angebote für Mentoring dauerhaft sinnvoll unterstützt werden können, z.B. durch eine Integration in den Kinder- und Jugendförderplan.</p> <p>Hierbei soll auch das Thema mentale Gesundheit von Kindern und Jugendlichen ein Schwerpunkt sein. Bei Bedarf ermöglichen wir angepasste Regelungen bei Leistungsüberprüfungen im Rahmen der Kultusministerkonferenz. Wir werden den an den Schulen schon vorhandenen Notfallkoffer um die Themen Stromausfall und Extremwetter ergänzen bzw.</p>	<p>Entwicklung positiv:</p> <p>Stärkung der Kinder und Jugendlichen, ihrer Gesundheit und die Entwicklung präventiver Maßnahmen zur Stärkung der Resilienz sind hier maßgeblich!</p>

		<p>überarbeiten.</p> <p>Wir setzen uns für eine Fortsetzung der Corona-Aufholprogramme ein. In der Umsetzung der Maßnahmen vor Ort geben wir Schulen und Schulträgern größere Flexibilität.</p> <p>Wir werden Erste-Hilfe- und Reanimierungstrainings stärken. Das kann im Ernstfall Leben retten.</p>	
--	--	--	--

III. Sicherheit in einer offenen Gesellschaft

<u>Positionen des DRK in NRW zur Landtagswahl 2022</u>	<u>Zukunftsvertrag für NRW 2022 bis 2027 - Stichpunkte</u>	<u>Zukunftsvertrag für NRW 2022 bis 2027 - Fließtext</u>	<u>Bewertung DRK in NRW / Anknüpfungspunkte zu Aufgabenfeldern</u>
		<p>III. Sicherheit in einer offenen Gesellschaft</p> <p>1. Innere Sicherheit</p>	
		<p>Bei 1. Polizei</p>	
		<p>Wir leben in einem Land der Sicherheit und Freiheit. Um dies auch in Anbetracht der Herausforderungen der Zukunft zu erhalten, ist eine enge und verstärkte Zusammenarbeit der</p>	<p>Anknüpfungspunkt für die DRK-Verbreitungsarbeit, u.a. bezüglich der Aus- und Weiterbildung von Juristinnen und Juristen zum (humanitären) Völkerrecht</p>

		<p>Sicherheits- und Strafverfolgungsbehörden innereuropäisch und international von zentraler Bedeutung. [...] Dazu wollen wir die Zusammenarbeit der Polizei- und Justizbehörden sowie den Ausbau der Digitalisierung bei der polizeilichen und justiziellen Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten und den zuständigen EU-Agenturen verstärken.</p> <p>Zeilen 4031-4038</p>	
		<p>Bei 2. Internationalisierung</p>	
		<p>Wir pflegen weiter eine lebendige internationale Rechtskultur. Hierzu vertiefen wir den internationalen Austausch mit Justizeinrichtungen und -behörden. Die personelle Beteiligung an der Arbeit europäischer Institutionen und ziviler Auslandsprojekte im polizeilichen und justiziellen Sektor werden wir verstärkt fortsetzen und fördern.</p> <p>Zeilen 4287-4290</p>	<p>Anknüpfungspunkt für die DRK-Verbreitungsarbeit, u.a. bezüglich der Aus- und Weiterbildung von Juristinnen und Juristen zum (humanitären) Völkerrecht</p>

		...	
Für einen modernen Bevölkerungsschutz	Katastrophenschutz	III. Sicherheit in einer offenen Gesellschaft 3. Katastrophenschutz Zeile 4383 – 4435	Entwicklung beobachten: Aus Sicht von Kindern und Jugendlichen ist die Weiterentwicklung des Katastrophenschutzes wichtig, die jungen Menschen müssen jedoch selbst auch Akteur*innen und Zielgruppe der Maßnahmen sein.
- Schaffung eines neuen und modernen Bevölkerungsschutzgesetzes, das die bisher unterschiedlich geregelten Gesetzgebungsmaterien Brandschutz, Katastrophenschutz, Rettungsdienst und ihre Bezüge zum Gesundheitsschutz bündelt	- Stärkung des Katastrophenschutzes ein Schwerpunkt der Innenpolitik - Novellierung des Gesetzes über den Brandschutz, die Hilfeleistung und den Katastrophenschutz	Die Stärkung des Katastrophenschutzes wird ein Schwerpunkt unserer Innenpolitik. Damit ziehen wir Lehren aus der verheerenden Hochwasserkatastrophe vom Juli 2021. Zeile 4385 – 4386 Das Gesetz über den Brandschutz, die Hilfeleistung und den Katastrophenschutz (BHKG) werden wir novellieren und dabei für eine breite Mehrheit in den demokratischen Fraktionen werben. Zeile 4389 - 4391	Insgesamt sind zahlreiche unserer Positionen zur Weiterentwicklung des Bevölkerungsschutzes aufgenommen (s. u.). Zu kurz kommen jedoch der integrierte Ansatz sowie die Zusammenführung von BHKG und RettG NRW bei Erweiterung des Anwendungsbereiches (z. B. Gesundheitslagen) bzw. die Schnittstelle zum Gesundheitsschutz.
- Bedarfsplanung für den Bevölkerungsschutz auf Landesebene, ohne die bisherigen, gesetzlich festgelegten Zuständigkeiten	- Festschreibung einer stärkeren Landeszuständigkeit - Ausrufung des landesweiten Katastrophenfalles durch das Land	In dem Gesetz werden wir eine stärkere Landeszuständigkeit festschreiben. Zukünftig soll das Land den landesweiten Katastrophenfall	Die Einführung des landesweiten Katastrophenfalles wird ebenso begrüßt, wie die vorgesehene Konkretisierung zur Aktivierung des Krisenstabes.

<p>der Kommunen in Frage zu stellen</p> <ul style="list-style-type: none"> - Stärkung der Landeszuständigkeiten unter Beachtung der kommunalen Selbstverwaltung in einem Landeszentrum für den Bevölkerungsschutz, das eine ressortübergreifende Bündelungs- und Unterstützungsfunktion auf Landesebene einnimmt - Strukturierte Einbindung des DRK in das Krisenmanagement des Landes – von der kommunalen Familie bis auf die Ebene der Landesregierung 	<ul style="list-style-type: none"> - Erstellung eines Landeskatastrophenschutzbedarfsplanes - Aufgabenbündelung in einer neuen zentralen Landesstelle für den Katastrophenschutz im Ministerium des Innern - Konkretisierung der Regelungen zur Aktivierung des Krisenstabes der Landesregierung 	<p>ausrufen können, zudem soll ein Landeskatastrophenschutzbedarfsplan erstellt werden. Die Aufgaben werden in einer angemessen ausgestatteten, neuen zentralen Landesstelle für den Katastrophenschutz im Innenministerium gebündelt. Die Regelungen zur Aktivierung des Krisenstabes der Landesregierung werden wir konkretisieren.</p> <p>Zeile 4391 – 4398</p>	<p>Die genaue Ausgestaltung der erweiterten Landeszuständigkeit wie auch der neuen, zentralen Landesstelle beim IM – entspricht durchaus unsere Position – müssen gleichwohl engmaschig begleitet werden. So gilt es im Verlauf u. a. sicherzustellen, dass eine örtliche Ausgestaltung des Bevölkerungsschutzes entsprechend der lokalen Strukturen dargestellt werden kann und etablierte Strukturen nicht – ohne Not – gefährdet oder geschwächt werden.</p> <p>Die verbindliche Einbindung des DRK in den Krisenstab der Landesregierung bzw. in eine geordnete (Krisen-) Kommunikation bei Aktivierung des Stabes sollte angestrebt werden.</p>
	<ul style="list-style-type: none"> - Erstellung von Katastrophenschutzbedarfsplänen durch die Kreise und kreisfreien Städte 	<p>Die Kreise und kreisfreien Städte sollen zukünftig Katastrophenschutzbedarfspläne erstellen und Krisenstäbe mit entsprechend fortgebildetem Personal vorhalten. Für die Krisenstäbe und operativen Einheiten auf kommunaler und Landesebene sollen Katastrophenschutzübungen durchgeführt werden.</p> <p>Zeilen 4398 - 4402</p>	<p>Die Einführung einer Katastrophenschutzbedarfsplanung wird begrüßt und entspricht unseren bisherigen Forderungen.</p> <p>Die Einbindung des DRK in die Krisenstäbe sowie Übungen sollte angemessen sichergestellt werden.</p>

	<ul style="list-style-type: none"> - Zur Verbesserung der Kommunikation VIDaL einführen und ausbauen - Einführung einer landesweit einheitlichen Software für Leitstellen - Prüfung und Weiterentwicklung der gesetzlichen Regelung der Leitstellen 	<p>Um für eine reibungslose Kommunikation in der Lage zu sorgen und Redundanzen herzustellen, werden wir zunächst – wie mit den kommunalen Spitzenverbänden vereinbart – das Projekt „Vernetzung von Informationen zur Darstellung der Landeslage“ (VIDaL) einführen, zur ressort- und ebenenübergreifenden Vernetzung aufbauen sowie in dieser Legislaturperiode die ersten Schritte auf dem Weg zu einer landesweit einheitlichen Software für Leitstellen einleiten. Wir werden die gesetzliche Regelung der Leitstellen prüfen und weiterentwickeln.</p> <p>Zeile 4398 – 4409</p>	<p>Die bessere, auch digitale, Vernetzung und Kommunikation, der Aufbau von Redundanzen und ein einheitliches, landesweites Lagebild für alle Akteure des Bevölkerungsschutzes sind zu begrüßen bzw. entsprechen unseren bisherigen Positionen – die Einbindung des DRK in die entsprechenden Strukturen muss sichergestellt sein.</p> <p>Ob hierfür eine einheitliche Software aller Leitstellen erforderlich ist, oder z. B. die Definition verbindlicher Schnittstellen und Informationsübermittlungen zwischen den (weiteren) Akteuren des BevS (vgl. BezReg, HiOrg) zielführender sein könnte, wäre zu prüfen.</p>
<ul style="list-style-type: none"> - Anpassung der gewährten Zuwendungen für den Bevölkerungsschutz in Struktur und Höhe, um eine Förderung hauptamtlicher Unterstützungsstrukturen ebenso wie investive Maßnahmen für Einsatzmittel und Unterkünfte ermöglichen zu können 	<ul style="list-style-type: none"> - Erleichterungen und Unterstützung zur Förderung des Ehrenamtes - Förderung der Jugendleiterausbildung 	<p>Das Ehrenamt ist eine tragende Säule des Brand- und Katastrophenschutzes. Im Dialog mit den Feuerwehren und Hilfsorganisationen wollen wir Erleichterungen und Unterstützung zur Förderung des Ehrenamtes erreichen, dazu gehört u. a. die Förderung der Jugendleiterausbildungen.</p>	<p>Die Unterstützung zur Förderung des Ehrenamtes ist allgemeiner formuliert, als die vom DRK geforderte Förderung hauptamtlicher Unterstützungsstrukturen – hier ist die weitere Umsetzung eng zu begleiten.</p> <p>Die geforderte Anpassung (Erhöhung) der Zuwendungen ist weder bezüglich der Struktur noch der Höhe konkret adressiert.</p> <p>Die bestehende Verpflichtung der kommunalen Ebene zur Übernahme von Kosten anlässlich von z. B. Ausbildungen sollte im Rahmen der KatS-</p>

<ul style="list-style-type: none"> - Entfesselung der Prozesse zur Nachweisführung von bürokratischer Überfrachtung 	<ul style="list-style-type: none"> - Förderung von Frauen und Vielfalt sowie der Prävention gegen Rassismus und Diskriminierung - Entlastung des Ehrenamtes von bürokratischen Verfahren 	<p>Die Feuerwehren und Hilfsorganisationen wollen wir unterstützen, Frauen zu fördern und die Vielfalt der Gesellschaft besser abzubilden. Wir werden die Präventionsarbeit gegen Rassismus und Diskriminierung fördern. Der öffentliche Dienst muss Vorbild für die Vereinbarkeit von Ehrenamt und Hauptberuf sein.</p> <p>Wir werden nach Wegen suchen, das Ehrenamt von bürokratischen Verfahren zu entlasten.</p> <p>Zeile 4411 – 4419</p>	<p>Bedarfsplanung adressiert bzw. konkretisiert werden.</p> <p>Die Förderung der Vielfalt im BevS und der Prävention gegen Rassismus und Diskriminierung wird durch das DRK ausdrücklich begrüßt! Insbes. die Förderung der Vielfalt in all seinen gesellschaftlichen Facetten innerhalb des DRK entspricht den Zielen der Strategie 2030 der Bewegung.</p> <p>Zur Entlastung des Ehrenamtes von bürokratischen Verfahren sollte auch die Förderung hauptamtlicher Unterstützungsstrukturen gehören.</p>
<ul style="list-style-type: none"> - Vollständige rechtliche Gleichstellung von Helferinnen und Helfern im Bevölkerungsschutz 			<p>Die rechtliche Gleichstellung unserer Helferinnen und Helfer ist nicht aufgegriffen und muss insb. im Kontext der Erweiterung des Anwendungsbereiches des (novellierten) Gesetzes im Blick behalten und auch auf Ehrenamt außerhalb der standardisierten Einsatzformationen anwendbar werden.</p>
	<ul style="list-style-type: none"> - Schaffung eines breiten und barrierefreien Warnmixes 	<p>Mit einem breiten und barrierefreien Warnmix und dem weiteren Ausbau des Sirennetzes sorgen wir für verbesserte Warnungen der Bevölkerung.</p> <p>Zeilen 4421 - 4422</p>	<p>Die Ankündigung ist zu begrüßen und entspricht unserer bisherigen Positionierung an anderen Stellen.</p>

<ul style="list-style-type: none"> - Strukturierte Förderkonzepte zur Persönlichen Notfallvorsorge der Bevölkerung und zur Einbindung von Spontanhelfenden weiterentwickeln 	<ul style="list-style-type: none"> - Stärkung der Selbsthilfefähigkeit der Bürgerinnen und Bürger - Koordination und Integration von Spontanhelfenden 	<p>Mit den Kommunen und den Akteuren im Katastrophenschutz wollen wir die Selbsthilfefähigkeit der Bürgerinnen und Bürger stärken.</p> <p>Gemeinsam werden wir nach Lösungen suchen, wie die Hilfe von Spontanhelferinnen und -helfern bestmöglich koordiniert und integriert werden kann.</p> <p>Zeile 4422 – 4426</p>	<p>Die Ankündigung ist zu begrüßen, eine angemessene Beteiligung des DRK als größter Hilfsorganisation sicherzustellen. An bisherige DRK-Aktivitäten zu „Bevölkerungsschutz und Schule“, „Erste Hilfe in den Bildungsplan“ etc. sollte angeknüpft werden.</p> <p>Das DRK als Freiwilligenorganisation sollte die Spontanhelfenden stärker in den Blick nehmen und dem Land hier Unterstützung anbieten!</p>
<ul style="list-style-type: none"> - Maßnahmen der Vorsorge und Vorbereitung treffen, z. B. Aufbau von Reserven 	<ul style="list-style-type: none"> - Stärkung wirksamer Schutzmaßnahmen für kritische Infrastrukturen - Staatliche Krisenvorsorge stärken 	<p>Als Land setzen wir einen Fokus auf den Schutz Kritischer Infrastrukturen (KRITIS) und sorgen gemeinsam mit den KRITIS-Betreibern, Bund und Kommunen für wirksame Schutzmaßnahmen. Wir wollen die ressortübergreifende staatliche Krisenvorsorge stärken.</p> <p>Zeile 4428 – 4431</p>	<p>Ein stärkerer Schutz Kritischer Infrastrukturen und dessen Verankerung in den gesetzlichen Grundlagen für den Bevölkerungsschutz entspricht bisherigen Positionen des DRK (vgl. FSHG zu BHKG).</p> <p>Die Beteiligung des DRK an Maßnahmen der Krisenvorsorge, inkl. des Aufbaus von Landes- und Bundesreserven, ist sicherzustellen.</p>
	<ul style="list-style-type: none"> - Gemeinsames Kompetenzzentrum Bevölkerungsschutz 	<p>Das „Gemeinsame Kompetenzzentrum Bevölkerungsschutz“ (GeKoB) werden wir nutzen und unterstützen.</p> <p>Zeile 4433 – 4434</p>	<p>Wird ausdrücklich durch uns unterstützt.</p>
<p>Politische Bildung (4497-4572)</p>			

<ul style="list-style-type: none"> - Schaffung von Räumen zur interkulturellen, internationalen und überparteilichen Begegnung und Ermöglichung von Konfliktprävention 	<ul style="list-style-type: none"> - Demokratie Lernen - Bildungsarbeit stärken (Informationskompetenz, Politische Prozesse, etc.) - Friedenserziehung // Mediation? - Antirassismus-Arbeit wird gestärkt 	<p>Wir wollen, dass alle Kinder und Jugendlichen Zugehörigkeit, Mitwirkung, Anerkennung und Verantwortung in ihrem Schulalltag aktiv erfahren und die für demokratisches Denken und Handeln notwendigen Kompetenzen erwerben. Hierzu ist Friedenserziehung ein wesentlicher Baustein.</p> <p>Zeile 4513-4516</p>	<p>Entwicklung positiv:</p> <p>Entwicklung hin zu mehr Räumen für die Beschäftigung mit Kultur und politischer Bildung. Demokratie und Politik lernen – mögliches neues Feld für das JRK?</p> <p>Möglichkeiten für unser Engagement im Bereich der Verbreitungsarbeit und viel mehr noch der Streitschlichtung an Schulen.</p> <p>Und weitere Projekte: Stichwort „Buntstifter“ und Anti-Rassismus-Arbeit</p> <p>Förderhinweis: KVs über mögliche Förderung von Maßnahmen und Projekten informieren, sobald die Richtlinie veröffentlicht ist</p>
---	---	--	---

IV. Sozialer Zusammenhalt in Zeiten des Umbruchs

<u>Positionen des DRK in NRW zur Landtagswahl 2022</u>	<u>Zukunftsvertrag für NRW 2022 bis 2027 - Stichpunkte</u>	<u>Zukunftsvertrag für NRW 2022 bis 2027 - Fließtext</u>	<u>Bewertung DRK in NRW / Anknüpfungspunkte zu Aufgabenfeldern</u>
	Gesundheit und Pflege	IV. Sozialer Zusammenhalt in Zeiten des Umbruchs 1. Gesundheit und Pflege Zeile 4608 – 4609	
	<ul style="list-style-type: none"> - Gute und wohnortnahe gesundheitliche Versorgung für alle Menschen 	<p>Unser Ziel ist eine gute und wohnortnahe gesundheitliche Versorgung für alle Menschen – egal ob in der Stadt oder im ländlichen Raum. Wir werden dafür sorgen,</p>	<p>Die Erklärung ist zu begrüßen. Für das DRK bspw. Anknüpfungspunkte im Bereich Gemeindefachstellen, Fahrdienste, ...</p>

		<p>dass sich alle Menschen an allen Orten unseres Landes auf eine inklusive und diskriminierungsfreie Gesundheitsversorgung verlassen können.</p> <p>Zeile 4610 – 4616</p>	
		<p>Ganzheitliche medizinische Versorgung Gemeinsam mit den Akteuren des Gesundheitswesens hat Nordrhein-Westfalen den fortschrittlichsten Krankenhausrahmenplan Deutschlands erarbeitet, den wir zügig umsetzen werden. [...] Wir werden in den kommenden fünf Jahren erhebliche finanzielle Anstrengungen unternehmen, [...] Wir werden bestehende Hemmnisse für Investitionen in Klimaschutzmaßnahmen in Krankenhäusern konsequent abbauen [...]</p> <p>Zeile 4618 - 4636</p>	<p>Grundsätzlich zu begrüßen. Bei der Umsetzung ist darauf zu achten, dass tatsächlich eine flächendeckende Versorgung, auch ländlicher Räume, mit Grunddisziplinen und -leistungen der Notfallversorgung sichergestellt wird – vgl. Schnittstelle zu Rettungsdienst und Katastrophenschutz (s. u.)</p>
	<ul style="list-style-type: none"> - Verzahnung von ambulantem Angebot mit stationärer Versorgung sowie eine Spezialisierung der Krankenhäuser - Verfügbarhaltung einer flächendeckend wohnortnahen Grund- und Notfallversorgung 	<p>Im Rahmen der Krankenhausplanung setzen wir auf eine Verzahnung von ambulantem Angebot mit stationärer Versorgung [...] Die Grund- und Notfallversorgung muss weiterhin flächendeckend wohnortnah verfügbar sein. Hierfür werden wir u. a. jegliche Art der</p>	<p>Zu begrüßen. Flächendeckendes Angebot des Telenotarztes ist dabei ergänzend zu den erweiterten Kompetenzen des Rettungsdienstfachpersonals, insb. der Notfallsanitäterinnen und Notfallsanitäter, auszugestalten.</p>

	<ul style="list-style-type: none"> - Ausbau der digitalen Versorgung, u. a. Telenotarzt 	<p>digitalen Versorgung – wie das Virtuelle Krankenhaus, die telemedizinische Versorgung und den Telenotarzt – ausbauen und uns dafür einsetzen, dass sie Bestandteil der Regelversorgung werden. [...]</p> <p>Zeile 4638 – 4646</p>	
<ul style="list-style-type: none"> - Ausdrückliche gesetzliche Bestätigung der Bereichsausnahme im Landesrecht - Landesgesetzliche Verankerung der Berg- und Wasserrettung als Teil des Rettungsdienstes 	<ul style="list-style-type: none"> - Schaffung des „Ein-Tresen-Modelles“ in Krankenhäusern zu Notdienstzeiten - Weiterentwicklung des Rettungsdienstes - Schaffung der gesetzlichen Grundlagen für eine landesweit einheitliche und kooperative Rettungsdienstbedarfsplanung einschließlich der Luftrettung 	<p>Wir favorisieren das „Ein-Tresen-Modell“ in Krankenhäusern zu Notdienstzeiten. [...] Wir werden den Rettungsdienst weiterentwickeln, um die Gesundheitsversorgung der Menschen in Nordrhein-Westfalen weiter zu verbessern und die Zusammenarbeit mit der Notfallversorgung zu stärken. Wo notwendig, schaffen wir gesetzliche Grundlagen für eine landesweit einheitliche und kooperative Rettungsdienstbedarfsplanung einschließlich der Luftrettung, die auch die grenzüberschreitende Zusammenarbeit und die Schnittstellen zu den Rettungsdienstleistungstellen mit einbezieht.</p> <p>Zeile 4652 – 4659</p>	<p>Grundsätzlich umfassend zu begrüßen. Zwar fehlt die Bereichsausnahme, deren ausdrückliche gesetzliche Bestätigung ist im Kontext der Weiterentwicklung des Rettungsdienstes – inkl. der gesetzlichen Grundlagen – aber zu erwarten. Ebenso scheint die Verankerung von Berg- und Wasserrettung realistisch, wenn auch nicht explizit erwähnt.</p>
<ul style="list-style-type: none"> - 	<ul style="list-style-type: none"> - Einführung von Gemeinde-Notfallsanitätern und einer Regelung für einen vorbeugenden Rettungsdienst 	<p>Mit der Einführung von Gemeinde-Notfallsanitätern und einer Regelung für einen vorbeugenden Rettungsdienst sorgen wir für</p>	<p>Der Gemeinde-Notfallsanitäter soll den RD entlasten, aber nicht als Dauerdienst-First-Responder überbelastet werden. Die Einführung wird vor dem Hintergrund grundsätzlich neutral gesehen, evtl. wäre</p>

		<p>zielgerichtete, bedarfsgerechte Hilfe im Notfall.</p> <p>Zeilen 4661 - 4663</p>	<p>die Einführung von Gemeindeschwestern (Community Health Nurses, vgl. SchwSch und unten) jedoch stellenweise besser geeignet (Versorgung von Langzeit-Therapie-Patienten zur Entlastung von Stehzeiten des RD; Vermittler/Kümmerer zwischen Hausärzten und sozialen Diensten; ggf. spezialisierte Maßnahmen, wie z.B. Wechsel von Kathetern; Befugnis Patienten neue Therapeutika zu verschreiben, insbesondere zu ungünstigen Zeiten; ...)</p>
		<p>Zur optimalen Versorgung werden wir die Kooperation der ambulanten und stationären Angebote und die Vernetzung der Gesundheitsberufe sektorübergreifend vorantreiben. [...] In diesen werden wir gemeinwohlorientierte, multiprofessionelle Gesundheitszentren als Modellprojekte fördern. Die Gesundheitszentren bieten Leistungen für Menschen jeden Alters an. Eine wichtige Zielgruppe sind hochbetagte Patientinnen und Patienten, die meist neben der medizinischen Versorgung auch Pflege und alltagsunterstützende Leistungen brauchen. Die multiprofessionellen Gesundheitszentren werden in kommunaler, genossenschaftlicher oder freiberuflicher Trägerschaft gefördert. [...] Damit werden gesundheitliche Versorgung, Prävention und Sozialarbeit</p>	<p>Quartiersbezogene Versorgung und Prävention, Community Health Nurses und gemeinwohlorientierte Gesundheitszentren bieten zahlreiche Anknüpfungspunkte für das DRK – weit über Pflegestützpunkte und/oder die besonderen Ressourcen und Fähigkeiten der Schwesternschaften hinaus.</p>

		verbunden. Ein Ankerpunkt in der quartiersbezogenen Versorgung und Prävention werden Community Health Nurses sein. Zeilen 4676-4690	
		Wir wollen den Ausbau der Konzepte zur vorgeplanten überörtlichen Hilfe voranbringen, insbesondere bei der psychosozialen Notfallversorgung. Daher wird die Arbeit der Kriseninterventionsteams konsequent vorangetrieben. Zeilen 4764-4766	Zu begrüßen und Anknüpfungspunkt für das DRK, wobei eigene Leistungsfähigkeit in der Fläche ausbaufähig ist.
		Medizinischer Fortschritt [...] Wir werden die Ersthelfer-App bekannter machen und eine flächendeckende Einführung prüfen. Zeilen 4848-4849	Grundsätzlich zu begrüßen und zu begleiten.
		Corona-Pandemie Zeile 4866	
		Die Corona-Pandemie ist noch nicht vorbei. Wir betreiben eine vorausschauende und verantwortungsvolle Pandemie-Politik mit langfristiger Planung. [...] Um dies zu gewährleisten, werden wir unsere öffentlichen Impfstrukturen hochflexibel,	Das begrüßen wir vom Grunde her, wobei „hochflexibel“ und „aufwuchsfähig“ u. U. mit langfristiger Planung kollidiert – zum Beispiel mit Blick auf verfügbares Personal kann dies zur Herausforderung zu Lasten von „Leistungserbringern“ werden.

		<p>aufwuchsfähig und aufsuchend ausgestalten. Wir werden zudem eine Kommunikationsstrategie entwickeln, um die Impfbereitschaft in allen Bevölkerungsgruppen weiter zu steigern. Auf der Basis der Bundesvorgaben werden wir ein anpassungsfähiges Testkonzept erstellen und umsetzen. Wir werden darüber hinaus prüfen, wie wir Einrichtungen mit schutzbedürftigen Bewohnern bei Hygiene und Schutzmaßnahmen unterstützen können.</p> <p>Zeilen 4867-4879</p>	<p>Die Rolle und Einbindung der Hilfsorganisationen sollte daher konzeptionell stärker betrachtet und vorbereitet werden – unter Einbindung des DRK als Hilfsorganisation, Spitzenverband der Wohlfahrtspflege und Jugendverband.</p>
		<p>Wir stärken den Öffentlichen Gesundheitsdienst, fördern dessen Digitalisierung und entwickeln das Melde- und Analysesystem gemeinsam mit Bund und Ländern weiter. Beim Bund werden wir uns vehement für die Schaffung einer gesetzlichen Grundlage für Schutzmaßnahmen einsetzen, die wir bei Bedarf flexibel, schnell und rechtssicher ergreifen wollen</p> <p>Zeilen 4881-4885</p>	<p>Das begrüßen wir.</p>
		<p>Zur weiteren Erforschung und Sicherstellung einer bedarfsgerechten Versorgung rund um die Langzeitfolgen von COVID-19 [...] Wir setzen uns dafür ein, dass betroffene Menschen einen</p>	<p>Das begrüßen wir.</p>

		schnellen Zugang zu den Sozialsystemen finden Zeilen 4887-4891	
		Das Landeszentrum Gesundheit muss den Kommunen in Krisensituationen Informations- und Aufklärungsmaterial in den Hauptsprachen der hier lebenden Menschen zur Verfügung stellen Zeilen 4893-4895	Das begrüßen wir.
		...	
Für eine gesicherte und sichere Blutversorgung - Gewährleistung einer gesicherten und sicheren Versorgung der Bevölkerung über alle Blutgruppen hinweg zu jeder Zeit - Wahrnehmung bei der Blutversorgung als Bestandteil des Gesundheitlichen Bevölkerungsschutzes - Einbindung der Blutversorgung in die Gefahren- und Risikoanalysen des Landes - Sicherstellung einer Einbindung des DRK- Blutspendedienstes West in das Krisenmanagement des Landes			Die Positionen des DRK sind nicht berücksichtigt.

		<p>IV. Sozialer Zusammenhalt in Zeiten des Umbruchs 4. Bauen und Wohnen, Stadtentwicklung</p> <p>Zeilen 5363 – 5812</p>	
		<p>Wiederaufbau und Vorsorge</p> <p>Zeilen 5712</p>	
		<p>...</p>	
		<p>Ein Schwerpunkt der kommenden Legislaturperiode wird der zügige Wiederaufbau sein. Wir wollen diesen deutlich beschleunigen, unterstützen und begleiten. Genauso intensiv werden wir Lehren für den Klimaschutz und die Klimafolgenanpassung, den Hochwasserschutz und den Katastrophenschutz ziehen</p> <p>Zeilen 5720-5723</p>	<p>Die Ankündigung wird begrüßt, die Umsetzung mit Spannung erwartet.</p>
		<p>Wir prüfen die rechtliche Verankerung der psychosozialen Notfallversorgung, um für zukünftige Schadensereignisse im Interesse der betroffenen Menschen besser gerüstet zu sein. Wo nötig, sollen Betroffene des Hochwassers durch einen Ausbau aufsuchender Arbeit bei der Antragstellung unterstützt werden</p> <p>Zeilen 5725-5728</p>	<p>Das wird begrüßt.</p>

		<p>Wir werden eine Wiederaufbau-Bilanz ziehen und für künftige Schadensereignisse weitere Vorsorge treffen. Dazu verpflichtet uns die Erfahrung der Hochwasserkatastrophe. Wir prüfen den Aufbau eines überjährigen Schutzfonds für zukünftige Schadensereignisse.</p> <p>Zeilen 5730-5733</p>	Das wird begrüßt.
		<p>Außerdem werden wir zusammen mit den relevanten Akteuren einen „Starkregen Check – Stark gegen Starkregen“ für alle Städte und Gemeinden anbieten, um im Sinne einer vorsorgenden Politik für Bürgerinnen und Bürger, Unternehmen, Vereine und Organisationen sowie für die Kommunen selbst heutige Schwachstellen im Hinblick auf Starkregenereignisse zu identifizieren und abzustellen.</p> <p>Zeilen 5735-5739</p>	Das wird begrüßt.
Erinnerungskultur (6195-6225)			
<ul style="list-style-type: none"> - Schaffung von Räumen zur interkulturellen, internationalen und überparteilichen Begegnung und Ermöglichung von Konfliktprävention 	<ul style="list-style-type: none"> - Weiterentwicklung der Erinnerungskultur Stärkung der Förderung von außerschulischen Angeboten 	<p>Die Vermittlung von historisch-politischer Bildung ist von zentraler Bedeutung für unsere Gesellschaft. Die Weiterentwicklung der Erinnerungskultur muss unserer pluralen Gesellschaft Rechnung tragen.</p>	<p>Entwicklung positiv:</p> <p>Aus Sicht des JRKs eine positive Entwicklung die Erinnerungskultur zu stärken. Positiv ist ebenfalls die angedachte finanzielle Förderung für Gedenkstättenfahrten und außerschulische Angebote.</p>

		<p>Zeile 6197-6199</p> <p>Die Förderung von Gedenkstättenfahrten, insbesondere außerschulische Angebote und Angebote, die sich an Erwachsene richten, soll gestärkt werden.</p> <p>Zeile 6218-6219</p>	<p>Förderhinweis: KVs über mögliche Förderung von Maßnahmen und Projekten informieren, sobald die Richtlinie veröffentlicht ist</p>
		<p>8.Sport und Ehrenamt Ehrenamt</p> <p>Zeilen 6379-6401</p>	
		<p>Die Engagementstrategie ist kontinuierlich partizipativ weiterzuentwickeln und anzupassen. In 2023 soll ein Monitoring der Engagementstrategie durchgeführt werden. Die bereits begonnenen Umsetzungsschritte werden zügig vorangetrieben und verstetigt. Bei der Umsetzung wollen wir mit der Deutschen Stiftung für Engagement und Ehrenamt (DSEE) eng zusammenarbeiten.</p> <p>Zeilen 6381-6385</p>	<p>Das wird begrüßt.</p> <p>Entwicklung beobachten: Grundsätzlich positiv, hier werden jedoch junge Menschen nur teilweise berücksichtigt. Die Stärkung der Freiwilligendienste ist jedoch sehr gut und muss konsequent weitergedacht werden. Eine Anerkennung von Ehrenamtlichen „Leistungen“ muss auch in Schule und Studium noch Berücksichtigung finden!</p>
		<p>Steuerliche Erleichterungen und Abbau bürokratischer Hürden werden angestrebt.</p> <p>Zeile 6387</p>	<p>Entspricht bisherigen DRK-Forderungen.</p>

		<p>Viele junge Menschen engagieren sich im Rahmen der Freiwilligendienste und erbringen einen wertvollen Beitrag für unsere Gesellschaft. Wir wollen diese attraktiv gestalten. Wir wollen eine breite Teilnahme ermöglichen und bisher weniger erreichte Zielgruppen ansprechen.</p> <p>Zeilen 6389-6392</p>	Das wird begrüßt
		<p>Damit die pädagogische Betreuung und Begleitung der Freiwilligendienstleistenden durch die Träger gestärkt wird, werden wir die Träger unterstützen. Freiwilligendienstleistende erlernen wertvolle Kompetenzen. Wir werden prüfen, inwieweit diese als Ausbildungs- und Studienleistung anerkannt werden können.</p> <p>Zeilen 6394-6397</p>	Das wird begrüßt
		<p>Wir wollen den Zugang zu Mobilität für Freiwilligendienstleistende erleichtern und vergünstigen. Darüber hinaus ermöglichen wir einen vergünstigten Zugang zu Kulturangeboten</p> <p>Zeilen 6399-6401</p>	Das wird begrüßt
...	...	10. Europa und Internationales	

		<p>Wir sind überzeugt, dass wir die sozialen und ökologischen Herausforderungen des Klimawandels nur auf der internationalen Ebene bewältigen können. Um die Herausforderungen der Zukunft anzugehen, verfolgen wir eine Europapolitik, die den föderalen Gedanken verwirklicht, auf den Grundsätzen der Subsidiarität und der Verhältnismäßigkeit basiert und die Bürgernähe sowie die kommunale Selbstverwaltung achtet und fördert.</p> <p>Zeilen 6455-6460</p>	<p>In dem Kontext braucht es u. a. Schulungsmaßnahmen auch für ehren- und hauptamtlich Mitarbeitende, damit Klimawandel auch als internationales Problem gesehen und akzeptiert wird. Hier kann die Zusammenarbeit mit international tätigen Institutionen von großer Bedeutung sein, weil sie u. a. eine internationale Perspektive einbringen können. Für das DRK könnte hier bspw. eine Platzierung der Expertise des IFRC-ClimateCenters ebenso wie der Erfahrung in der internationalen humanitären Hilfe erfolgversprechend sein. Gleichzeitig unterstützt der föderale und subsidiäre Ansatz die besondere Rolle der freien Wohlfahrt sowie der lokalen Verankerung von Initiativen – nicht zuletzt entsprechend der Schwerpunktsetzung der Strategie 2030 der Bewegung.</p>
<p>Für eine soziale und inklusive Gesellschaft</p> <ul style="list-style-type: none"> - Einbringung und Unterstützung der Expertise bei der Bewusstseinsbildung für Inklusion, die Schaffung von Barrierefreiheit, die Vorbereitung der Arbeitswelt auf Heterogenität sowie die Qualifizierung von Inklusionsbegleiterinnen und -begleitern 	<p>Soziales</p> <ul style="list-style-type: none"> - Wir verpflichten uns zur konsequenten Umsetzung der UN Behindertenrechtskonvention. - Wir werden zusätzlich in den kommenden fünf Jahren erhebliche Summen zur Umsetzung der Krankenhausplanung investieren; davon setzen wir ein Drittel für Klimaanpassungsmaßnahmen ein. Barrierefreiheit soll zum 		<p>Im Kontext Flucht und Asyl (vgl. Zeilen 5897-5972) sollte eine Förderung der Familienzusammenführung durch das Land zusätzlich angestrebt werden.</p>

	<p>Standard werden und bei jeder Sanierung umgesetzt werden.</p> <ul style="list-style-type: none">- Wir wollen Barrierefreiheit im Gesundheitswesen gemeinsam mit Betroffenen und Fachleuten und auf Grundlage von Fortschrittsberichten stetig und nachvollziehbar verbessern,- Schaffung einer übergreifenden Inklusionsoffensive und Unterstützung der Kommunen bei der Umsetzung von Inklusion und Barrierefreiheit- Damit auch Kinder und Jugendliche mit Behinderungen die Angebote besser wahrnehmen können, entwickeln wir den Kinder- und Jugendförderplan inklusiv weiter.- Deshalb sollen Kommunen mit einem auch inklusiv ausgestalteten Förderprogramm dabei unterstützt werden, Spiel- und Bolzplätze sowie Skate- oder Dirtparks zu erhalten und barrierearm auszubauen.- Wir wollen Angebote für Kinder und Jugendliche mit und ohne Behinderungen aus einer Hand. Daher unterstützen wir das Vorhaben des Bundesgesetzgebers zur		
--	--	--	--

<ul style="list-style-type: none"> - Vollständige Umsetzung von höherrangigem Recht wie die Genfer Flüchtlingskonvention, die Europäische Menschenrechtskonvention sowie die Qualifikations-, Aufnahme- und Verfahrensrichtlinien der Europäischen Union - Beteiligung als Partner im Rahmen des Kommunalen Integrationsmanagements - Unterstützung bei der kommunalen Zuweisung von Geflüchteten nach einer Aufenthaltszeit von drei Monaten in Landesaufnahmeeinrichtungen 	<p>Umsetzung einer inklusiven Jugendhilfe. In allen Handlungsfeldern wollen wir die freien und öffentlichen Träger der Jugendhilfe dabei unterstützen, inklusive Angebote flächendeckend umzusetzen.</p> <ul style="list-style-type: none"> - Erarbeitung eines „Aktionsplanes gegen Armut“ und Schaffung einer Landesarmutskonferenz <p>Migration, Integration und Flucht</p> <ul style="list-style-type: none"> - Menschenwürdige und auf Integration ausgerichtete Unterbringung von Geflüchteten - Ausschöpfung aller humanitärer und aufenthaltssichernder Bleiberechtsregelungen (von hoher Relevanz; ist allerdings eher auf Bundesebene umzusetzen; aber: der Koalitionsvertrag sieht vor, hier auf den Bund entsprechend einzuwirken) 		<p>Wird begrüßt!</p> <p>Wird begrüßt!</p> <p>Wird begrüßt!</p>
---	---	--	--

<ul style="list-style-type: none"> - Schaffung eines einheitlichen und systematischen Identifizierungsverfahrens von besonderen Schutzbedarfen unmittelbar nach Ankunft - Frühzeitige Beschulung von Kindern in einer kommunalen Schule innerhalb von drei Monaten nach Asylantragsstellung - Bewahrung der Unabhängigkeit der landesgeförderten Beratungsstrukturen für Geflüchtete - Auflegung eines Landesaufnahmeprogramms für besonders gefährdete und schutzbedürftige Personen aus Afghanistan 	<ul style="list-style-type: none"> - „...Vernetzung und Austausch mit ...Wohlfahrtsverbänden ist uns wichtig“; „Das Kommunale Integrationsmanagement werden wir, insbesondere im Hinblick auf das Subsidiaritätsprinzip, weiterentwickeln.“ - wird insofern im Koalitionsvertrag berücksichtigt, als dass Familien mit Kindern nach drei Monaten in die Kommunen zugewiesen werden sollen - Wir wollen eine schnelle dezentrale Unterbringung in den Kommunen; Zuweisung nach drei / bzw. sechs Monaten) - wird insofern im Koalitionsvertrag berücksichtigt, als dass Familien mit Kindern nach drei Monaten in die Kommunen zugewiesen werden sollen - Unabhängige Verfahrensberatung und 		<p>Wird begrüßt!</p> <p>Wird begrüßt!</p> <p>Wird begrüßt!</p> <p>Wird begrüßt!</p> <p>Wird begrüßt!</p>
---	--	--	--

<ul style="list-style-type: none"> - Bewahrung des Prinzips der Subsidiarität zur Aufrechterhaltung von Pluralität sowie zur Stärkung der Zivilgesellschaft und des Gemeinwohles 	<p>soziale Beratung wollen wir stärken und ausbauen</p> <ul style="list-style-type: none"> - Auflegung eines Landesaufnahmeprogrammes für besonders schutzbedürftige Personen aus verschiedenen Herkunftsländern - „...Vernetzung und Austausch mit ...Wohlfahrtsverbänden ist uns wichtig“; „Das Kommunale Integrationsmanagement werden wir, insbesondere im Hinblick auf das Subsidiaritätsprinzip, weiterentwickeln.“ - Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhaltes - Schaffung von Chancengerechtigkeit für Menschen mit Einwanderungsgeschichte - Öffnung aller institutionellen Regelsysteme durch den Abbau von Zugangs- und Teilhabebarrrieren 		
---	---	--	--

<ul style="list-style-type: none"> - Intensivierung von Präventionsmaßnahmen zur Bekämpfung sexualisierter Gewalt Ermöglichung eines nachhaltigen Kompetenzaufbaues und -erhalts in der Präventions- und Beratungsstruktur bei sexualisierter Gewalt 	<ul style="list-style-type: none"> - Ermöglichung eines dauerhaften Aufenthaltes und Arbeitsmarktzuganges für gut integrierte Geflüchtete - Erweiterung des Kreises der Teilnahmeberechtigten von Integrations- und Sprachkursen - Entwicklung flächendeckender berufsspezifischer Sprachkurse - Nach dem Bekanntwerden der schrecklichen Fälle von sexualisierter Gewalt in unserem Land werden wir das Thema Kinderschutz noch weiter ins Zentrum unseres politischen Handelns stellen. Der Schutz von Kindern vor seelischer, körperlicher und sexualisierter Gewalt ist eine dauerhafte gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Dazu gehört auch die vollumfängliche Aufklärung der bekannt gewordenen Fälle sexualisierter Gewalt in kirchlichen Institutionen. - Wir wollen den Kinderschutz umfassend stärken und verfolgen dabei einen 		
--	--	--	--

	<p>ganzheitlichen Ansatz von der Prävention über die Beratung und Unterstützung bis hin zur Intervention und Anschlusshilfe. Die Umsetzung des ersten Landeskinderschutzgesetzes werden wir eng begleiten, um den Kinderschutz in Nordrhein-Westfalen stetig weiterzuentwickeln. Dafür werden wir die „Stelle für Qualitätssicherung“ unabhängig ausgestalten und eng mit dem aktuellen Stand wissenschaftlicher Forschung verknüpfen</p> <ul style="list-style-type: none"> - Wir werden das Handlungs- und <p>Maßnahmenkonzept zur Prävention von sexualisierter Gewalt gegen Kinder und Jugendliche fortschreiben und Teile davon in den Kinder- und Jugendförderplan integrieren. Da Kinderrechte und gelingender Kinderschutz für uns zusammengehören, schaffen wir die Stelle einer oder eines unabhängigen Beauftragten für die Belange von Kinderschutz und Kinderrechten.</p> <ul style="list-style-type: none"> - Wir richten den Fokus auch auf die Herausforderung für 		
--	--	--	--

	<p>Kinder von psychisch und suchterkrankten Eltern.</p> <ul style="list-style-type: none"> - Gruppen, die häufig Opfer von sexualisierter Gewalt werden, wollen wir besonders in den Blick nehmen und die Peer-Beratung stärken. - Wir wollen Qualifizierung von Ehrenamtlichen und Fachkräften, damit sie Kinder stark machen und sensibilisiert sind für Anzeichen von Kindeswohlgefährdungen. - Für die regelmäßige und verbindliche Inanspruchnahme von U-Untersuchungen als Gesundheitsprävention werden wir einen Rahmen schaffen. 		
		II. Chancengerechtigkeit im Bildungsland	
Für eine kinder- und jugendgerechte Gesellschaft	Kinder, Jugend und Familie	1. Kinder, Jugend und Familie	
<ul style="list-style-type: none"> - Einsetzung und Wahrnehmung als Experte für die Lebenswelten von Kindern und Jugendlichen für ihre Belange - Inblicknahme von Kindern und Jugendlichen und Schaffung von Gestaltungsmöglichkeiten, die kinder- und jugendgerecht sind 	<ul style="list-style-type: none"> - Stärkung der Jugendbeteiligung in Nordrhein-Westfalen - Berücksichtigung von Gesundheit im Kinder- und Jugendförderplan - Umsetzung einer inklusiven Jugendhilfe und Unterstützung der öffentlichen und freien Träger der Jugendhilfe bei der 	<p>Familie ist da, wo Kinder sind und wo Menschen für einander Verantwortung übernehmen. Sie schafft ein Band des Füreinanders und einen Bund des Miteinanders. Gleichzeitig ist sie die Voraussetzung für das Funktionieren unserer Gesellschaft.</p> <p>Wir werden einen „Aktionsplan Familienfreundlichkeit Nordrhein-Westfalen“ aufstellen:</p>	<p>Stärkung von Familien & ihrer hohen Bedeutsamkeit ist begrüßenswert</p>

<ul style="list-style-type: none"> - Schaffung von Räumen zur interkulturellen, internationalen und überparteilichen Begegnung und Ermöglichung von Konfliktprävention - Einbringung der Expertise in die Entwicklung eines kinder- und jugendgerechten Bevölkerungsschutzes und Stärkung der Krisenresilienz junger Menschen - Bieten von Anlaufstellen, Angeboten und verlässlichen Strukturen für junge Menschen in Krisen, sowohl für die physische als auch psychische Gesundheit - Erwirkung einer Verstetigung und dynamischen Anpassung der Fördermittel der Kinder- und Jugendverbandsarbeit - Stärkung des Ehrenamtes durch die Schaffung von Freiräumen und Anerkennung ehrenamtlichen Engagements in Alltag und Bildung 	<p>flächendeckenden Umsetzung inklusiver Angebote</p> <ul style="list-style-type: none"> - Umfassende Stärkung des Kinderschutzes mit einem ganzheitlichen Ansatz von der Prävention über die Beratung und Unterstützung bis hin zur Intervention und Anschlussilfe - Verstetigung des Angebotes der Kinderschutzambulanzen - Unterstützung der Schulen, in Krisensituationen resilienter zu werden 	<p>Den internationalen Familientag am 15. Mai werden wir in Nordrhein-Westfalen als Aktionstag mit landesweiten Veranstaltungen sowie einem „Familien- und Kinder-Fest“ begehen.</p> <p>Zeile 2216-2219</p>	
-	-		
-	-	<p>Auch die mentale Gesundheit gehört zu einem guten und gesunden Aufwachsen. Deswegen werden wir diese Aspekte stärker im Kinder- und Jugendförderplan berücksichtigen. Wir werden</p>	<p>Wir begrüßen sehr die Stärkung des internationalen Jugendaustauschs, damit das Verständnis von Menschenrechten, Menschlichkeit und Frieden zwischen Jugendlichen mit unterschiedlichen</p>

		<p>Ferienfreizeiten und den internationalen Jugendaustausch stärken, damit Kinder und Jugendliche unabhängig vom Elternhaus diese Angebote nutzen können.</p> <p>Zeilen 2354-2357</p>	<p>Nationalitäten gefördert wird.</p>
		<p>3. Schule und Bildung</p>	
		<p>Schulen krisenfest machen Die Erfahrungen der letzten Monate und Jahre haben uns gelehrt, dass wir immer wieder mit neuen Krisensituationen umgehen müssen. [...] Unser Ziel ist es, Schulen zu unterstützen, damit sie resilienter in Krisensituationen werden. [...] Zur Unterstützung zivilgesellschaftlicher Akteure wollen wir prüfen, wie Angebote für Mentoring dauerhaft sinnvoll unterstützt werden können, z.B. durch eine Integration in den Kinder- und Jugendförderplan. [...] Wir werden den an den Schulen schon vorhandenen Notfallkoffer um die Themen Stromausfall und Extremwetter ergänzen bzw. überarbeiten. Wir werden Erste-Hilfe- und Reanimierungstrainings stärken. Das kann im Ernstfall Leben retten.</p> <p>Zeilen 2888-2924</p>	<p>Zahlreiche Anknüpfungspunkte für das DRK, siehe auch oben bei Bevölkerungsschutz bzw. Persönlicher Notfallvorsorge.</p> <p>Die Ausrichtung wird insgesamt ausdrücklich begrüßt und unterstützt, eine umfassende Berücksichtigung der Expertise und Ressourcen des DRK in NRW sollte eingefordert werden.</p>

		<p>Sport und Schwimmen Die Bewegungs- und Schwimmfähigkeit ist rückläufig. Durch Corona wurde diese Tendenz noch verschärft. Wir fördern die Kinder und Jugendlichen durch eine Sport- und Schwimmoffensive. Dabei suchen wir neue Wege, was die Nutzung von Wasserflächen und den Einsatz von Personal betrifft.</p> <p>Zeilen 3017-3022</p>	<p>Anknüpfungspunkte für das DRK insb. in Bezug zur Wasserwacht und im Kontext Bädersterben – eine umfassende Beteiligung (wo örtlich vorhanden?!) sollte angestrebt werden.</p>
--	--	---	--

V. Generationenverantwortung: Finanzen und Haushalt

<u>Positionen des DRK in NRW zur Landtagswahl 2022</u>	<u>Zukunftsvertrag für NRW 2022 bis 2027 - Stichpunkte</u>	<u>Zukunftsvertrag für NRW 2022 bis 2027 - Fließtext</u>	<u>Bewertung DRK in NRW / Anknüpfungspunkte zu Aufgabenfeldern</u>
		<p>[...] Priorität haben für uns Ausgaben für die Zukunftsfähigkeit unseres Landes. Hierzu gehören u. a. Infrastruktur, Bildung, sozialer Zusammenhalt und Sicherheit, Klimaschutz und Klimafolgenanpassung</p> <p>Zeilen 6730-6734</p>	<p>Aus Sicht des DRK sind dies insb. auch eine auskömmliche Finanzierung der Freien Wohlfahrtspflege und des Bevölkerungsschutzes, nicht zuletzt Maßnahmen der Daseinsvorsorge im Gesundheitlichen Bevölkerungsschutz.</p>
		<p>Bundesangelegenheiten</p> <p>Steuerpolitische Initiativen über den Bundesrat</p>	

		<p>[...] steuerpolitische Initiativen zur Stärkung des Ehrenamtes und der Zivilgesellschaft unter Berücksichtigung der sozialen Dimension sowie zur Beibehaltung von Bagatellgrenzen der Umsatzsteuer. [...]</p> <p>Zeilen 6835-6849</p>	<p>Das begrüßen wir, ist in der Umsetzung im Detail zu begleiten.</p>
		<p>Investitionsfinanzierung</p>	
		<p>Nordrhein-Westfalen steht vor großen Investitionsbedarfen u. a. in Bezug auf Infrastruktur, Bildungseinrichtungen, Zusammenhalt und Sicherheit, Klimaschutz und Klimafolgenanpassung. Wir werden die notwendigen Zukunftsinvestitionen über den Landeshaushalt tätigen. Dazu werden wir auch in Zukunft eine hohe Investitions- und Zukunftsquote im Landeshaushalt sicherstellen und entsprechende Schwerpunkte bei der Haushaltsaufstellung setzen. [...]</p> <p>Zeile 6956-6966</p>	<p>Dies bietet evtl. einen Anknüpfungspunkt, einen eigenen Titel Katastrophenschutz im Landeshaushalt oder eine auskömmliche Finanzierung von Investitionen im BevS, nicht zuletzt von Landeseinsatzmitteln und Bevorratung, zu fordern.</p>
		<p>Effizienzgewinne</p>	
		<p>Wir werden Haushaltskonsolidierung und Bürokratieabbau durch Aufgabenkritik, Digitalisierung und</p>	<p>Möglicher Anknüpfungspunkt für „Entfesselung der Bürokratie“ im Kontext K-Dotation und Bewirtschaftung im KatS, evtl. auch in Teilen der Wohlfahrt?!</p>

		<p>Prozessoptimierung konsequent angehen. [...] Sie soll die Prozesse der Verwaltung mit allen Betroffenen in Praxis-Checks durchdringen und verbessern, um Digitalisierungspotenziale zu heben und die öffentlichen Ziele bürokratieärmer und effektiver zu erreichen. [...]</p> <p>Zeile 6970-6978</p>	
		<p>Wir wollen bürgerschaftliches Engagement in allen Bereichen der Gesellschaft stärken und fördern. Wir werden das Zuwendungsrecht umfassend vereinfachen und u. a. prüfen, ob und wie eine Überjährlichkeit von Förderprogrammen erreicht werden kann. Die schon in einzelnen Sektoren entwickelten Verbesserungen wollen wir auf alle Bereiche der Zivilgesellschaft ausdehnen.</p> <p>Zeilen 6999-7003</p>	<p>Möglicher Anknüpfungspunkt für Analyse und Anpassung der Zuwendungen an das DRK im KatS, insb. der sog. K-Dotation.</p>